

Europawahl am 26.05.19 – Europas Versprechen erneuern!

Die Europawahl am 26. Mai ist eine Richtungswahl: fällt unser Kontinent in den Nationalismus zurück? Kapitulierte die Politik vor den Herausforderungen der Globalisierung und verschärft so die vielen Krisen? Oder begründet sich die Europäische Union kraftvoll neu? Wir als BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sind uns sicher, dass nur ein handlungsfähiges Europa die großen Aufgaben lösen kann. Dafür müssen wir Europas Versprechen erneuern.

Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, sozialer Ausgleich, Gleichberechtigung und Bewahrung unserer Lebensgrundlagen – das ist das Versprechen der Europäischen Union. Es ist ein Versprechen, für das es sich zu kämpfen lohnt.



**Europa.
Die beste
Idee, die
Europa je
hatte.**

Kommt, wir bauen
das neue Europa!



gruene.de

Doch Europa und seine Menschen sind so herausgefordert wie lange nicht mehr. Grundfesten geraten ins Wanken, die internationale Ordnung bröckelt, die europäische Einigung steht in Frage. Zum

ersten Mal will mit Großbritannien ein Land die EU verlassen. In Rumänien, Polen und Ungarn höhnen autoritär agierende Regierungen den demokratischen Rechtsstaat aus, während im Gründungsland der EU Italien Antieuropäer regieren. Die transatlantische Partnerschaft hängt am seidenen Faden, weil in den USA ein Rechtspopulist als Präsident regiert, dem internationales Recht nichts mehr gilt und der Europa zum wirtschaftlichen Feind erklärt. Und währenddessen fliehen Menschen vor Krieg, Verfolgung und Hunger, erhitzt sich unser Planet rasant, werden Vielfalt und Gleichberechtigung angegriffen und wächst die Ungleichheit innerhalb und zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Herausforderungen treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, um die notwendigen Veränderungen in der europäischen Politik für mehr Nachhaltigkeit, Solidarität und Humanität anzustoßen und dafür zu sorgen, dass Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleiben. Das gemeinsame Europa zu schützen bedeutet, den kulturellen Reichtum Europas gemeinsam zu fördern und zu bewahren.

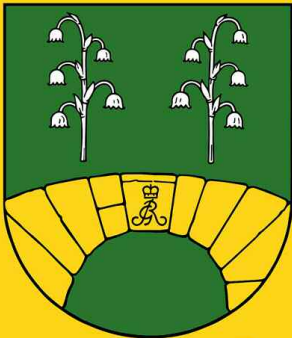
Darum geht es bei der Europawahl am 26. Mai: zu entscheiden, was wir wollen, wie wir zusammen leben wollen. Und dann etwas zu tun. Europa ist nicht aus Versehen entstanden. Die europäische Idee ist mit das Wertvollste, was dieser Kontinent je geschaffen hat. Aus einst verfeindeten Staaten wurden Freunde und Partner. Uns eint die gemeinsame Geschichte, mit all ihren Narben und all ihrem kulturellen Reichtum. Die EU ist seit über 70 Jahren ein Garant für Frieden, für das Überwinden trennender Grenzen.

(aus der Präambel des Europawahlprogramms der Grünen)

Dafür lohnt es sich einzutreten! Dafür lohnt es sich, die Stimme zu erheben! Darum lohnt es sich am 26. Mai wählen zu gehen!

Aus diesem Grund haben wir das vorliegende GRÜNE BLATT dem Schwerpunkt Europa gewidmet. Neben drei kurzen Artikeln, die den Wert der Europäischen Union beleuchten, steht im Kern ein Interview mit drei jungen Escheburger*innen, die uns über ihre Erfahrungen mit Europa Auskunft gegeben haben.

**WIR FEIERN
700
JAHRE
Escheburg
23.-26. Mai**



VORVERKAUFSSTELLEN

Im Internet auf
www.700-jahre-Escheburg.de



Gemeindebüro (Hofweg)
Lottas Hus (Stubbenberg)

Idee und Geschichte der EU

„Der Tag wird kommen, an dem der Hass, der im Krieg unvermeidlich scheint, überwunden wird. Einmal muss Europa Wirklichkeit werden, in dem Europäer leben können.“

Der spätere Bundeskanzler Willy Brandt in der schwedischen Zeitschrift „Trots allt“ im August 1943.



Der 8. Mai 1945 – Deutschland erklärt seine Kapitulation im 2. Weltkrieg. Weite Teile Europas liegen in Trümmern, mehr als 50 Millionen Menschen haben in den Kriegsjahren ihr Leben verloren. Obdachlosigkeit, Hunger, Vertreibung, Verzweiflung – wenig ist den Menschen in Europa nach zwei verheerenden Weltkriegen geblieben. Wie soll es jetzt weitergehen?

„Der erste Schritt der Neubildung der europäischen Familie muss ein Zusammengehen zwischen Frankreich und Deutschland sein. [...] Die Struktur der Vereinigten Staaten von Europa wird, wenn sie richtig und dauerhaft errichtet werden soll, so geartet sein müssen, dass die materielle einzelner Staaten an Bedeutung einbüßt. Kleine Nationen werden so viel wie große gelten und sich durch ihren Beitrag für die gemeinsame Sache Ruhm erringen können.“

Winston Churchill, britischer Premierminister von 1940-1945 und von 1951-1955, in einer Rede an der Universität Zürich am 19. September 1946.

Parallel zur Aufteilung des deutschen Reiches in vier Zonen und der sich daraus entwickelnden Teilung Deutschlands in zwei Staaten, diskutierten Politiker*innen und engagierte Bürger*innen die Ursachen der beiden Weltkriege und Wege, solche Konflikte für die Zukunft zu vermeiden. All diesen Menschen schwebte ein Staaten übergreifender Ansatz vor, der eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie die Übertragung von Zuständigkeiten auf ein europäisches Gericht zur Grundlage haben sollte.

Von besonderer Bedeutung war der Vorstoß des französischen Außenministers Robert Schuman, der am 9. Mai 1950 die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vorschlug. 1951 unterschrieben sechs Länder (Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande) den Vertrag zur Gründung der EGKS.

Wesentliche Entwicklungsetappen der Europäischen Union:

1951 Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

1957 gründeten diese sechs Länder die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

1973 unterschreiben Großbritannien, Irland und Dänemark alle Verträge und treten der 1969 gebildeten Europäischen Gemeinschaft (EG) bei.

1979 dürfen die Bürger der neuen Mitgliedsländer zum ersten Mal ihre Abgeordneten für das „Europäische Parlament“ selber wählen – vorher wurden sie von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten bestimmt.

1981 tritt Griechenland der EG bei, 1986 kommen Spanien und Portugal hinzu.

1992 unterschreiben die zwölf Mitgliedsländer in Maastricht den „Vertrag über die Europäische Union“, der weitestgehend die Grundlage der heutigen Rechtsbeziehungen der EU bildet.

In den Folgejahren – bis zum Eintritt von Kroatien im Jahre 2013 – erweitert sich die Europäische Union auf inzwischen achtundzwanzig Staaten. Seit 2002 gibt es zudem in den meisten EU-Staaten eine gemeinsame Währung, den Euro.

„Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“

Bundeskanzler Konrad Adenauer in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 15. Dezember 1954.

Zahlreiche Motive spielten in dem Prozess der europäischen Einigung eine Rolle. Als wesentliche Triebkräfte für dieses Engagement können aber folgende Motive identifiziert werden:

- Friedenssicherung
- Zugehörigkeit zu einer Wertegemeinschaft
- Steigerung des materiellen Wohlstands
- Mehr Einfluss in der Außen- und Sicherheitspolitik
- Die Aussicht auf größeren Erfolg bei der Lösung grenzüberschreitender Probleme
- Der Wunsch nach guter Nachbarschaft im zusammenwachsenden Europa
- Wirtschaftsunion
- Stärkung des sozialen Zusammenhalts
- Streben nach politischer Einheit

Mit ihrer Entwicklung in den letzten sieben Jahrzehnten hat die Europäische Union viele dieser Motive eingelöst und einen Sozial- und Wirtschaftsraum geschaffen, der in Europa ohne Vorbild ist.

„Mit der Idee der europäischen Integration und mit ihrer Umsetzung entstand nicht nur eine völlig neue Ordnung in Europa [...], sondern die europäische Geschichte kehrte sich in ihrem Verlauf um. Vergleichen Sie einmal die europäische Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit dessen zweiten fünf Jahrzehnten, und Sie werden sofort verstehen, was ich meine.“

Bundesaußenminister Joschka Fischer in seiner Humboldt-Rede am 12. Mai 2000.



Grünes Europäisches Wahlprogramm für Escheburg

Die Europawahl hat auch auf Escheburg einen Einfluss. So bestimmen wir nicht nur die gesamte politische Lage in Europa und darüber hinaus. Vielmehr stellen sich viele und auch wir uns die Frage, inwiefern die politischen Entscheidungen aus Europa direkt in Escheburg sichtbar werden können. Wir haben das Europawahlprogramm der GRÜNEN dahingehend analysiert und wollen hier darstellen, welche Vorteile grüne Europapolitik für uns haben kann.

Das Wahlprogramm gliedert sich in sechs große Themenbereiche:

- Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen
- Stärkung des europäischen und sozialen Zusammenhalts
- Sicherung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten
- Schutz von Frieden und Sicherheit
- Voranbringen von Innovationen und Digitalisierung
- Stärkung des „Europas der Regionen und Kommunen“

Natürliche Lebensgrundlagen schützen

Unter dem „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ wird im Wahlprogramm vor allem die Lebensqualität durch gesunde Nahrungsmittel und ein gesundes Umfeld verstanden. Diese Lebensgrundlage ist unser direktes Umfeld. Beim jährlichen Müllsammeln stellen wir selbst im dörflichen Escheburg fest, wie viel Müll und im Wesentlichen auch Plastikmüll in die Umwelt gelangt. Es ist erklärtes Ziel der GRÜNEN, diesen Müll durch Alternativen zu ersetzen und europaweite Programme zur Vermeidung aufzusetzen.

Von allen Escheburger*innen wird die Nähe zur Elbe, zum Geesthang und auch zu den ausgedehnten Wäldern und Schluchten geliebt. Viele dieser Gebiete in Escheburg sind schon heute Schutzzonen für die Pflanzen- und Tierwelt. Auf Escheburger Gebiet leben europäisch (!!) geschützte Tierarten wie Haselmaus und Zauneidechse sowie Fledermausarten. Ziel der europäischen GRÜNEN ist es, solche Gebiete auszuweiten und vor allem überregional zu verbinden, so dass ein besserer

Gesamtnutzen für unsere Lebensqualität entsteht.

Ein wesentliches Lenkungsmittel der EU sind Agrarsubventionen. Aktuell läuft in der EU ein Richtungsstreit darüber, wie sich die Landwirtschaft für die Zukunft aufstellen soll. Aktuell haben die GRÜNEN zusammen mit anderen Parteien im Agrarausschuss Vorschläge für eine Umverteilung von Agrarsubventionen eingebracht - weg von einfachen Betriebsgrößenzuschüssen (Große kriegen auch viel...) hin zu verantwortungsvoller Landwirtschaft ohne Glyphosat und Monokulturen. Diese Vorschläge wurden aber von den Konservativen, einigen Sozialdemokraten und den Liberalen abgelehnt. Somit findet aktuell keine Agrarreform statt. Doch der Beschluss des Agrarausschusses ist noch nicht bindend für das Europaparlament. Mit sich ändernden Mehrheiten nach der Europawahl kann hier gegengesteuert werden. Insofern wird durch Brüssel darauf eingewirkt, was auf unseren Feldern in der Umgebung geschehen wird.

Europäischen Zusammenhalt stärken

Welchen Einfluss haben die europäischen Entscheidungen noch auf Escheburg? Viele bemängeln aktuell den europäischen Zusammenhalt. Derzeit werden in der EU sehr viele nationale Einzelinteressen in den Vordergrund gehoben. Die Grünen wollen dem entgegenreten. Das erklärte Ziel ist ein besseres Verständnis der Nationen untereinander; das lässt sich am besten erreichen, wenn sich Menschen kennenlernen. Im Wahlprogramm der GRÜNEN gibt es viele Ansätze hierzu. Ein Beispiel mit Bezug

auf uns Escheburger*innen ist „Erasmus“ bzw. „Erasmus +“. Dies ist ein europäisches Schüler- und Studenten-Austauschprogramm. Wir alle wissen, dass unsere Schulen und Universitäten zu einer enormen Vernetzung von Nationen und Menschen beitragen. Die GRÜNEN haben dieses Programm als Erfolgsfaktor für eine bessere Verbindung der Nationen identifiziert und wollen es ausweiten, d.h. im Wesentlichen für andere Personengruppen - nicht nur für Schüler und Studenten - den Zugang zu ermöglichen. Wir gehen davon aus, dass auch viele Escheburger*innen „Erasmus“ bereits kennengelernt haben und von einer Ausweitung des Programms profitieren werden – so wie Escheburg von den im Ausland gemachten Erfahrungen seiner Mitbürger*innen profitieren könnte.

Europa der Regionen und Kommunen – Europa hilft, was Escheburg hilft

Der sechste Hauptabschnitt des Wahlprogramms beschäftigt sich mit dem „Europa der Regionen und Kommunen“. Hier ist die Erkenntnis festgeschrieben, dass Europa hilft, was auch den Kommunen – also Escheburg hilft. In den Kommunen soll die Eigenverantwortung für z.B. den Wohnungsbau, aber auch für die Trinkwasserversorgung oder den ÖPNV gestärkt werden. Es soll vereinfachten Zugang zu benötigten Fördermitteln und letztlich sogar ein neu einzurichtendes Mitspracherecht von Kommunen und Regionen bei europäischen Gesetzgebungsverfahren und Förderprogrammen geben.

187 Seiten für ein noch besseres Europa

In unserem Bericht kann nur ein kurzer Überblick auf mögliche direkte Auswirkungen der Europawahl auf Escheburg gegeben werden.

Das gesamte Europawahlprogramm der GRÜNEN umfasst 187 Seiten mit Ansätzen und Positionen, die natürlich auch weltpolitische Auswirkungen haben wie Sicherheitspolitik, Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

Es würde uns freuen, wenn Sie sich mit der Europawahl kritisch auseinandersetzen und zu einem gleichen Fazit wie wir kommen: Wir leben alle auf demselben Fleck Erde und dieser kann besser werden, wenn jeder bereit ist, sich auf dieses großartige Gemeinschaftsprojekt einzulassen.



Und wie sieht Ihr Europa?

GB: Stellt euch doch bitte kurz vor. Wer bist du, wie alt bist du und was machst du aktuell?

Mein Name ist Trine, ich bin 16 Jahre und gehe in die 11. Klasse des Gymnasiums Wentorf.

Ich heiße Lina und bin 19 Jahre. Zurzeit mache ich ein freiwilliges soziales Jahr als Schulbegleiterin an der Sonderschule Weidemoor in Bergedorf.

Und ich bin Johann. Ich bin 20 Jahre alt und studiere im 2. Semester Volkswirtschaftslehre an der Leuphana-Universität in Lüneburg.

sen mit der Schule, durch private Reisen o.ä.)

Trine: Bei uns in der Schule wird das Programm ERASMUS angeboten, das von der EU gefördert wird. Damit kann man als Schüler*in für eine Woche in ein anderes europäisches Land reisen. Dieses Angebot finde ich gut, weil es die Chance bietet, Erfahrungen mit anderen Ländern und deren Menschen zu sammeln.

Lina: Ich finde es gut, dass wir ohne Beschränkungen in andere Länder reisen und dort ohne Einschränkungen auch für eine längere Zeit bleiben können.

trum eingerichtet, in dem zum Thema Medien geforscht wird.

GB: Das Volk in Großbritannien hat vor etwa drei Jahren dafür gestimmt aus der EU auszutreten. Welche Position hast du zum Brexit?

Lina: Ich glaube, die Briten werden sich mit dieser Entscheidung selbst am meisten schaden. Sicher wird aber auch die Wirtschaft in allen Ländern leiden, wenn es keinen Vertrag zwischen der EU und Großbritannien gibt.

Trine: Ich habe in der letzten Zeit den Eindruck gewonnen, dass viele Briten gar nicht mehr austreten möchten. Es gibt immer wieder Verzögerungen, uneindeutige Abstimmungen und Fristverlängerungen.

Johann: Die Entscheidung über den Austritt vor drei Jahren ist ja auch sehr knapp ausgefallen. Ich finde, dass die Informationspolitik in Großbritannien damals wenig sachorientiert und im Wesentlichen von Gefühlen bestimmt war. Ich glaube schon, dass der Brexit kommt, aber am ehesten mit bilateralen Verträgen, die für alle sehr teuer werden.

Lina: Was ich schwierig finde ist, dass die EU Großbritannien immer wieder neue Zugeständnisse macht und das Votum so zögerlich umsetzt. Hier wünsche ich mir mehr Konsequenz.

Johann: Ja, es gab eine rechtskräftige Entscheidung und die muss man jetzt umsetzen.

Trine: Das stimmt, aber ich glaube, dass ein No-Deal-Brexit auch für uns Nachteile bringen würde. So haben z.B. einige Automobilkonzerne angekündigt, dann ihre Produktion einzustellen.

➤Fortsetzung auf Seite 5



GB: Was verbindest du mit dem Begriff „Europa“ bzw. der „Europäischen Union“?

Johann:

Europa bedeutet für mich in erster Linie Freiheit und kulturelle Vielfalt.

Es gibt so viele verschiedene Staaten mit ihrer jeweils eigenen Geschichte. Es ist beeindruckend, wenn man z.B. im Urlaub ist und sich in den anderen Ländern mit den Menschen unterhält. Da erfährt man einerseits die Unterschiede in der Kultur, aber andererseits spürt man auch gemeinsame Werte wie z.B. die Demokratie als gemeinsames Fundament.

Trine: Zudem sehe ich, dass Europa viele wirtschaftliche Vorteile bringt. So vereinfacht z.B. die Zollfreiheit das Handeln von Waren in der EU:

Lina: Ich verbinde mit Europa auch in erster Linie den Begriff Freiheit, ob es um Reisefreiheit oder auch um Meinungsfreiheit geht, die ihre Grundlage in den gemeinsamen Gesetzen haben und in dem Frieden, der zwischen den 28 europäischen Staaten herrscht.

GB: Welche persönlichen Erfahrungen hast du mit Europa oder mit anderen Nationen in Europa gemacht (z.B. bei Austauschrei-

Johann: Ja, dass das so spontan und einfach geht, ist wirklich gut. Und es ist praktisch, überall mit nur einer Währung bezahlen zu können.

GB: Welche Rolle spielt Europa in eurem Alltag für euch?

Johann: Bei mir an der Uni gibt es viele Austauschprogramme zwischen europäischen Universitäten. Aktuell gibt es ein Forschungsprojekt mit der Uni in Glasgow. Mit diesem Projekt wird ein Forschungszen-



Und wie sieht Ihr Europa?

GB: In einigen EU-Staaten werden durch nationalistische und rechtspopulistische Tendenzen auch seitens der Regierungen gemeinsame Werte und Ziele infrage gestellt. Wie beurteilst du dies?

Johann: Ich finde dies sehr besorgniserregend.

Populistische Tendenzen sind eine Gefahr für unsere Demokratie und unsere Gemeinschaft. Und das „Wir-Gefühl“ in der EU ist noch nicht auf jeder Ebene ausreichend verankert.

Notwendig wäre es, die Menschen in der EU mit einer guten Realpolitik zu begeistern – das fehlt! Bedeutsame Themen wie z.B. die Klimapolitik werden zu wenig offen diskutiert, die Positionen nicht sichtbar dargestellt.

Lina: Ich finde, dass viele Parteien immer mit den gleichen Sprüchen werben, aber keine wirkliche Veränderung für die Menschen sichtbar wird. Daher fehlt diesen Menschen dann das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit dieser Parteien und sie suchen sich Alternativen.

Trine: Dadurch, dass es mit 28 Ländern in der EU so viele unterschiedliche Meinungen gibt, ist es schwierig Kompromisse zu finden. Daher dauert es oft so lange bis Entscheidungen getroffen werden und konkrete Hilfe – wie z.B. für Italien in der Flüchtlingskrise – ankommt.

GB: Was wünschst du dir von der Politik in Bezug auf die Weiterentwicklung der Europäischen Union?

Lina: Mir ist wichtig, dass die gemeinsamen Werte weiter betont werden, gleichzeitig aber ein Ausgleich zwischen den kulturellen Werten der einzelnen Nationen gefördert wird. Ich denke da bei daran, dass die Bildung von jungen Menschen ausgebaut werden sollte, die ein Kennenlernen anderer Kulturen ermöglicht. Das hilft, um auch Vorurteile abzubauen.

Johann: Wir werden in einer Zeit groß, in der wir nichts anderes als ein vereintes Europa kennen. Darum ist es wichtig, die Sprache und Kultur der Nachbarländer kennenzulernen. Ich frage mich, warum es nicht z.B. die Pflicht für ein EU-weites soziales Jahr gibt.

Trine: **Ein verpflichtendes soziales Jahr in der gesamten EU fände ich gut. So würde auch kein Nachteil für Einzelne entstehen.**

Außerdem würden zwei Dinge gleichzeitig gelöst: junge Menschen übernehmen Tätigkeiten in sozialen Berufen und lernen andere Länder und Kulturen kennen.

GB: Das Europäische Parlament hat vor wenigen Wochen eine Änderung des Urheberrechtsgesetzes beschlossen. Welche Haltung hast du zu diesem Gesetz und dem Verfahren?

Lina: Ich finde es richtig, dass das Urheberrechtsgesetz geändert wird, weil wir heute eine andere – eben digitale – Welt haben und das aktuelle Gesetz schon 18 Jahre alt ist. Das Gesetz muss daher erneuert und verbessert werden. Schwierig finde ich, dass die EU nur eine Rahmensezung vornimmt und die Ausgestaltung anderen überlässt. Nach meiner Einschätzung haben dabei die kleineren Nutzer, z.B. die sog. Influencer, viel schlechtere Chancen als die großen Konzerne.

Johann: Ja, das Ziel der Gesetzesänderung ist sicher, die großen Internetkonzerne stärker zu reglementieren. Ich bin jedoch unsicher, ob das mit diesem Gesetz gelingt, da den großen Konzernen der Umgang mit der neuen Gesetzeslage vermutlich einfacher gelingt als kleinen Unternehmen – das aber darf ja nicht das Ergebnis sein. So muss für den erforderlichen upload-Filter ein Algorithmus programmiert werden. Das ist einerseits teuer und zum andern machen auch solche Algorithmen Fehler; so wird bezweifelt, ob die upload-Filter Satire als solche erkennen können und mit dem Blockieren von diesen Inhalten dann die Meinungsfreiheit einschränken.

Lina: Meiner Meinung nach hätte die EU früher und mehr mit den Menschen sprechen und die angestrebte Rahmensezung mit dem Nachdenken über Ideen zur Umsetzung verbinden müssen; das hätte viel Aufregung verhindert.

Trine: Ja, jetzt sind auch nur noch zwei Jahre Zeit, solche Umsetzungsideen zu entwickeln. Am Ende ist durch diesen Zeitdruck das Ergebnis vielleicht schlechter als die Situation jetzt.

Johann: Den ganzen Prozess fand ich sehr intransparent. Die Bürger wurden hier vor vollendete Tatsachen gestellt. Nach meiner Meinung führt das zu einer Haltung, dass viele Wähler das Gefühl haben zwar eine Stimme, aber keine Wahl zu haben.

GB: Seit einigen Monaten demonstrieren Schüler*innen in ganz Europa jeden Freitag unter dem Titel „Fridays for Future“. Hast du dich schon an diesen Demonstrationen beteiligt und stimmst du den Forderungen der Schüler*innen zu?

Trine: Ich selbst war noch nicht mit dabei, finde es aber gut, dass junge Menschen sich für politische Themen wie den Klimawandel einsetzen. Andererseits empfinde ich es auch als widersprüchlich, wenn dieselben Schüler*innen ohne Nachzudenken viermal im Jahr in den Urlaub fliegen und ihr eigenes Leben nicht verändern. Ich finde, dass jeder ganz klein bei sich anfangen sollte, dann wirken realistische Forderungen an die Politik auch noch glaubwürdiger.

Johann: Ich war am 15. März bei der Demo in Hamburg dabei. Ich finde, dass die Bewegung vernünftige Forderungen formuliert. Man sieht dabei auch, dass unsere Demokratie funktioniert. Was mich stört ist, dass in der EU keine gemeinschaftliche Umweltpolitik zu erkennen ist, die die vorhandenen technologischen Alternativen nutzt. Die Demonstrationen haben meiner Meinung nach ihre Berechtigung, weil es der Politik in den letzten Jahren nicht gelungen ist, einen nachhaltigen Entwicklungsweg einzuschlagen.

➤➤Fortsetzung auf Seite 6



Und wie sieht Ihr Europa?

GB: eine Nachfrage – Wie geht es euch damit, dass Politiker wie Christian Lindner den Schüler*innen der Bewegung „Fridays for Future“ zurufen, sie sollen die Klimapolitik lieber den Profis überlassen?

Lina: Selbst, wenn ich an den Demonstrationen nicht selbst beteiligt war, fühle ich mich belächelt.

Einerseits möchte die Politik, dass wir uns für die Gesellschaft engagieren und dann kommt ein Politiker und drückt aus, dass wir ohnehin keine Ahnung haben. Da verspüre ich dann auch nur wenig Lust, mich politisch zu engagieren oder mich anders einzubringen.

Ich wünsche mir, dass die Politiker sich auf uns einlassen und versuchen nachzuvollziehen, was wir denken und was uns bewegt.

Johann: Klimapolitik ist ja auch etwas, was nicht nur die Profis angeht – das geht jeden etwas an. Es wäre schön, wenn wir hier ernst genommen werden.

Lina: Eine gute Klimapolitik sollte auch vor Ort, in der Region beginnen, so z.B. durch den Abbau der Nutzung von Plastikverpackungen. Wenn ich in einen Supermarkt gehe, so sind dort nahezu alle Waren in Plastik verpackt.

Johann: Ja, hier müsste der Gesetzgeber eingreifen, durch Verbote oder durch Steuern, die eine ähnliche Wirkung entfalten. Diese Eingriffe sorgen auch für ein Nachdenken über Möglichkeiten der technologischen Weiterentwicklung durch Forschung und Ingenieure. Der Impuls aber muss aus der Politik kommen.

Trine: Das Wichtigste aber ist, das eigene Be-

wusstsein zu schärfen und zu entwickeln. So ist es doch ganz einfach, die Plastiktüte durch einen Stoffbeutel zu ersetzen, den ich mit zum Einkaufen oder zum Shoppen nehme.

GB: Worin siehst Du die Vor-, worin die Nachteile einer großen Staatengemeinschaft wie der Europäischen Union?

die Weiterentwicklung einer gemeinsamen Gesetzgebung.

Trine: Aus meiner Sicht denken und handeln viele Länder in der EU noch zu egoistisch. Ich wünsche mir hier eine noch stärkere Zusammenarbeit.



Lina: Die bedeutendsten Vorteile sind für mich die gemeinsamen geteilten Werte und Ziele der EU. Das größte Problem stellt für mich die Umsetzung, d.h. die fehlende geteilte Realpolitik dar. So gibt es z.B. in Italien überhaupt kein Bewusstsein über den Umgang mit Plastikmüll.

Johann: Für mich hat die Gemeinschaft ein großes Potenzial. Die wesentlichen Vorteile sehe ich in einem starken Binnenmarkt, dem Wegfall der Zölle, der Möglichkeit, sich frei bewegen zu können sowie der gemeinsamen Währung. Und ich schätze die kulturelle Vielfalt. Als große Herausforderungen sehe ich die großen Unterschiede innerhalb der EU, das Ost-West-Gefälle z.B. bei den Löhnen sowie

GB: Spielt in deinen Zukunftsplänen Europa bzw. die Freizügigkeit in Europa (z.B. im Studium) eine Rolle? Wie sieht deine Zukunftsplanung aus?

Trine: Konkrete Pläne habe ich noch nicht, könnte mir aber vorstellen, auch im Ausland zu studieren.

Lina: Beruflich habe ich aktuell keine Pläne, die sich auf Europa beziehen. Ich freue mich aber daran, dass ich frei reisen kann.

Johann: Ja, ein kostenloses Interrail-Ticket für alle jungen Menschen wäre gut. Ich plane für mich ein Auslandssemester im Studium.

GB: Wenn du an die Europawahl am 26.05. denkst. Was geht dir durch den Kopf?

Trine: Ich selbst darf ja noch nicht wählen. Ich hoffe aber, dass möglichst viele Menschen zur Wahl gehen, da diese eine Stimme haben. Wir sind die Menschen, die hier in Europa leben und die Möglichkeit haben, dieses Europa zu gestalten.

Lina: Ich habe ein wenig die Befürchtung, dass manche Politiker mit ihren Äußerungen Jugendliche von der Wahl abhalten und so eher die Älteren die Politik für die Zukunft der EU, die ja auch unsere ist, bestimmen.

Johann: Ich finde es schade, dass es noch keine europäische Wahlliste gibt; das wäre ein guter Schritt. Ansonsten bin ich schon gespannt auf meine Tätigkeit als Wahlhelfer bei der Europawahl am 26. Mai.



Thesen zur EU: Fake oder Fakt?

Gern wird über die Europäische Union geschimpft. Was ist dran an der Kritik, sind das alles (nur) Vorurteile?

Wir haben ein paar dieser Thesen hinterfragt:

Die EU ist zu teuer und zu ineffizient.

Nur sechs Prozent des gesamten EU-Haushalts werden für die Verwaltung (Gehälter, Pensionen und Übersetzungsdienste) ausgegeben, während 94 Prozent z.B. in Form von Agrar-, Struktur- und Forschungsmitteln komplett an die Mitgliedstaaten zurückfließen und so den Mitgliedsstaaten und Bürgern zugutekommen.

Die EU-Verwaltung kostet 8,3 Milliarden Euro pro Jahr, die einzelnen Mitgliedstaaten geben in der Summe 2200 Milliarden Euro pro Jahr für ihre Verwaltungen aus.

Die Verwaltungen der Mitgliedstaaten kosten also das 265-fache der EU-Verwaltung.

Quelle: https://ec.europa.eu/germany/eu60/verwaltungsmoloch_de

Die EU-Verwaltung ist ein riesiger Wasserkopf.

In der EU leben 503 Millionen Menschen, die EU hatte 2017 rund 50.000 Beschäftigte. Es entfallen also 10060 Einwohner auf einen EU-Beschäftigten.

Quelle: https://ec.europa.eu/germany/eu60/verwaltungsmoloch_de

Hier ein Vergleich zu Hamburg:

Die Hansestadt hat 1,7 Millionen Einwohner und hatte 2017 121.455 Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Das ergibt rund 14 Einwohner pro Beschäftigten.

Quelle: https://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2019/zdf_2019.pdf, S. 12

Auf die Einwohnerzahl bezogen hat Hamburg also 718 mal so viele Beamte wie die EU...

Die EU stellt sinnlose Regelungen und Vorschriften auf.

Ein gern zitiertes, aber nichtsdestoweniger falsches Beispiel für angeblichen Brüsseler Regulierungswahn ist die sog. Gurkenverordnung. In diesem Falle ging die Initiative vom Groß- und Einzelhandel aus.

So gut wie immer werden die Vorschläge von Betroffenen und Interessengruppen in den Mitgliedsländern angeregt, entspringen also nicht dem hohlen Bauche eines EU-Beamten

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_\(EWG\)_Nr._1677/88_\(Gurkenverordnung\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_(EWG)_Nr._1677/88_(Gurkenverordnung))

Deutschland ist der Zahlmeister der EU

In absoluten Zahlen gerechnet stimmt das. Deutschland zahlte im Jahr 2012 rund 20 % des EU-Gesamtbudgets. Die Bundesrepublik war auch dann noch ein Nettozahler, wenn man davon die Rückflüsse durch die europäischen Fördermittel abzieht, etwa für Land-

wirtschaft, strukturschwache Regionen oder Forschungsprogramme, (11,95 Milliarden Euro).

Deutschland ist das Land mit den meisten Einwohnern in der EU.

Anders sieht es dann aus, wenn man die Kosten auf die Einwohner umlegt. Deutschland landete im Jahr 2012 auf Rang vier der Nettozahler (146 Euro)

Nur ein soziales Europa ist ein starkes Europa.



Kommt, wir bauen das neue Europa!



gruene.de

und damit hinter Schweden, Dänemark und Luxemburg.

Und es gibt noch einen sehr wichtigen Aspekt: Die deutsche Wirtschaft und die hier Beschäftigten profitieren erheblich vom EU-Binnenmarkt. Rund 57% der deutschen Exporte gehen in die EU. Besonders die Ausfuhren in ehemalige Ostblock-Länder sind seit deren EU-Beitritt im Jahr 2004 rapide gestiegen.

Quelle: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2014-05/eu-mythen-check-kommission/seite-3>

Der Euro hat alles teurer gemacht.

Die Ursache von Preisanstiegen ist nicht der Euro sondern die Inflation.

In den letzten zehn Jahren der D-Mark stiegen die Verbraucherpreise um durchschnittlich 2,2 Prozent.

In den ersten zehn Jahren des Euro lag die Teuerung aber nur bei 1,6 Prozent.

Quelle: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2014-05/eu-mythen-check-kommission/seite-4>



Was ist mit dem B-Plan 2 passiert?

In der letzten Gemeinderatssitzung vom 21.03.19 sollten die weiteren Schritte zur Aufstellung des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen den Straßen Götenberg, Dorfplatz, Stubbenberg und Alter Landstraße beschlossen werden. Natürlich war allen Beteiligten klar, dass seit der letzten Kommunalwahl die Stimmenverhältnisse zu diesem Themenkomplex aufgrund von Befangenheiten bei EWG und CDU zu einer Pattsituation geführt haben; ohne eine Einigung der beiden Lager GRÜNE/EWG und CDU/SPD können keine weiteren Beschlüsse wie Umweltgutachten u.a. gefasst werden. Leider sind wir (GRÜNE & EWG) bei CDU/SPD in der letzten Zeit zu diesem Thema immer wieder auf ein kategorisches NEIN für eine Einigung gestoßen. So wurde bereits im Herbst 2018 in einer Planungsausschusssitzung, in der CDU/SPD die Stimmenmehrheit besitzen, über Vorschläge zur Fortführung hinweggegangen und ein genereller Beschluss zur Fortführung abgelehnt (siehe Protokoll vom 23.10.2018).

So mussten wir feststellen, dass es keine Möglichkeit zur Einigung geben wird und der B-Plan für lange Zeit in einem schwebenden Verfahren bleiben würde. Daher haben wir uns schweren

Herzens dazu durchgerungen, uns bei einer Abstimmung über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zu enthalten, so dass dieser Beschluss mit den Stimmen von CDU und SPD gefasst wurde.

Was bedeutet das nun für Bauanträge in diesem Gebiet?

Alle Bauanträge werden seitens des Bauamts

sem Gebiet für bestimmte Themen wie Bau- grenzen, Gebäudehöhen, Waldabstände, aber auch Entwässerung, schützenswerter Baumbestand und Biotope keine Regelungen getroffen werden konnten.

Um ein Beispiel zu nennen: Es sollte ein erweitertes Konzept für die Entwässerung erstellt werden, da die bestehenden Leitungen für neue

bzw. zusätzliche Bebauung wohl nicht mehr ausreichen. Nun ist zu befürchten, dass mit der Mentalität „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ die restlichen Kapazitäten verbraucht werden.

Wir GRÜNE bedauern, dass es in diesem Planbereich im Herzen von Escheburg keine Einigung gegeben hat, obwohl wir uns in vielen zum Teil sehr langen

Sitzungen mit dem B-Plan, den Eingaben der Einwohner, aber auch den Anforderungen für Lärm- und Naturschutz auseinandergesetzt haben.

Wir werden nun in jeder Einzelfallprüfung die bisher erreichten - zugegeben nicht rechtskräftigen - Regelungen einfließen lassen, und hieran unsere Stellungnahmen im Einzelnen spiegeln.



einer Einzelfallprüfung unterzogen. Dabei muss sich das Bauvorhaben im Wesentlichen an der umgebenden Bebauung orientieren - was das auch immer heißt. Die Gemeinde wird im Verfahren zu einem gemeindlichen Einvernehmen befragt, welches rechtlich kaum mehr als eine Stellungnahme ist, da das Einvernehmen vom Bauamt ersetzt werden kann.

Für uns ist es sehr bedauerlich, dass nun in die-

Freiwillige Feuerwehr Escheburg

Nach der Neuwahl der Wehrführung stehen bei der Escheburger Freiwilligen Feuerwehr die Zeichen auf Neustart. Außer der Wahl Karsten Melcherts, ehemaligem stellvertretenden Wehrführer, zum Wehrführer sowie des in Hamburg tätigen Berufsfeuerwehrmannes Sebastian Räteke (ehemaliger Gruppenführer) als sein Stellvertreter wurden auch die weiteren Vorstandsmitglieder bestimmt.

Vielen Dank an Peter Püst, der früher schon einmal Wehrführer gewesen war und in der schwierigen Zeit nach der Entlassung der ehemaligen Wehrführung diese Position kommissarisch ausgefüllt hatte. So konnte sich in dieser Übergangszeit die Wehr neu orientieren und bis zur Jahreshauptversammlung im Februar Überlegungen zu Personalfragen anstellen.

Insgesamt zeigt sich seit dem Jahreswechsel die FF in einer lange Zeit nicht dagewesenen Einigkeit und Geschlossenheit. Die Anwesenheit bei Dienstabenden ist deutlich nach oben gegangen.

Auch haben die schnellen Werbeaktionen der Feuerwehr Früchte getragen. Derzeit acht neue Anwärter (im Sommer folgt noch einer) haben sich bereit erklärt, für alle Escheburger ihre Freizeit zu opfern. Damit kommt für sie neben der Teilnahme an den Dienstabenden vor allem erst einmal eine einjährige Grundausbildung auf sie zu. Die Anwärter sind von Anfang 20 bis 50+. Alle sagen, es herrsche eine tolle Stimmung unter ihnen und sie hätten alle viel Spaß. Auch

haben sich ausgetretene Kamerad*innen zurückgemeldet und wurden bei der Jahreshauptversammlung wieder aufgenommen.

Wir Grünen werden die Bemühungen der neugewählten Escheburger Feuerwehrwehrführung zur Neugestaltung nach besten Kräften unterstützen. Hierzu gehört beispielsweise die Begleitung der Planung eines neuen Feuerwehrgerätehauses.

Im Flächennutzungsplan ist am Radelsweg/Speckenweg eine Fläche für den Feuerwehrbedarf eingetragen. Hierfür hat die Gemeindevertretung gerade den Aufstellungsbeschluss (B-Plan 21) verabschiedet. Es werden



jetzt Verhandlungen mit den Grundstücksbesitzern stattfinden. Sollten diese positiv verlaufen, kann eine Vermessung des im F-Plan stehenden Geländes erfolgen. Möglich wäre ein Gremium aus Politik und Feuerwehr, das die Planungen eines neuen Feuerwehrgerätehauses eng am Bedarf der Feuerwehr orientiert und erarbeitet.

Ein erster Schritt ist bereits getan. Der neue Wehrführer Karsten Melchert hatte am 16. März Gemeindevertreter und Ausschussmitglieder dazu eingeladen, sich Feuerwehrgerätehäu-

ser in der Nähe anzuschauen. Zweck der Tour war, gemeinsam eine Vorstellung zu entwickeln, was für Escheburg sinnvoll wäre und aus den Erfahrungen der anderen Wehren zu lernen.

Trotz dieser insgesamt sehr positiven Entwicklung durch die (Wieder-) Zugänge der letzten Zeit ist die laut Feuerwehrbedarfsplan zu erreichende Sollstärke in der Personaldecke noch nicht erreicht: Wer sich für die Feuerwehr interessiert, kann sich jederzeit bei der Feuerwehr melden. Auch Jugendliche sind herzlich willkommen. Das Feuerwehrgerätehaus ist in Arbeit. Perspektivisch ist auch die Erneuerung des Löschfahrzeugs notwendig.

Wir wünschen den Kamerad*innen, dass sie immer gesund und unverehrt von den Einsätzen zurückkommen und bedanken uns herzlich für ihre Bereitschaft, ihre Freizeit für uns zu opfern.

DANKE

GRÜNENTREFFEN

Mitmachen beim

Ortsverbands Escheburg von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir treffen uns an jedem vierten
Donnerstag im Monat um
20:00 Uhr im Gemeindezentrum,
Hofweg 2.

Interessierte sind herzlich
willkommen!

Impressum

V.i.S.d.P.: Isabel Detje, Rainer Köker - Redaktion: Isabel Detje, Rainer Köker, David Z. Oruzgani
Auflage 1500 Exemplare - Sie erreichen die Redaktion per eMail: info@gruene-escheburg.de